

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Schalter-Kasse geöffnet von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Herausgeber:

„Tagblatthaus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: Mt. 1.20 monatlich, Mt. 3.60 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangirgebühren. Mt. 4.65 vierteljährlich durch alle deutschen Buchhändler, ausschließlich Belegabnehmer. — Bezugs-Beziehungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Jüdische Buchhandlung 19, sowie die Buchhändler in allen Teilen der Stadt; in Bielefeld: die dortigen Buchhändler und in den benachbarten Bannorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeilen: 25 Bsp. für deutsche Anzeigen; 30 Bsp. für auswärtige Anzeigen; 1.25 Mt. für deutsche Anzeigen; 1.50 Mt. für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unentgeltlich. — Anzeigen-Entwurf: Für die Anzeigen-Entwürfe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gebühr erhoben.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Lützow 6202 und 6203.

Samstag, 4. Mai 1918.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 207. • 66. Jahrgang.

Vernichtende Niederlage der Roten in Südwestfinnland.

20 000 Gefangene.

W. T.-B. Berlin, 3. Mai, abends (Amtlich. Drahtbericht.) In Südwestfinnland haben wir den Feind in fünf-tägiger Schlacht bei Lahti und Tavastehus vernichtend geschlagen. 20 000 Gefangene. Von den anderen Kriegsgeschäften nichts Neues.

Die Lage in Finnland.

W. T.-B. Kopenhagen, 3. Mai. (Drahtbericht.) Die „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: „Sveriges Dagbladet“ zufolge befinden sich in Helsingfors nun 11 000 gefangene Rote Garbisten. Bisher haben nur wenige Hinrichtungen stattgefunden. Viele Gefangene sind bereits freigegeben. Wiborg wurde nach 11stündiger Beschießung eingenommen; die Stadt ist stark beschädigt. Die Rote Garde hatte 2000 tote. „Politiken“ melden, daß in Helsingfors eine ausgeprägte monarchistische Stimmung herrschen soll.

Was werden Haig und Foch tun?

Der englische General Haig und der französische Generalissimo Foch stehen vor neuen schwerwiegenden Entschlüssen. Die Engländer haben an keiner Stelle ihre stark besetzten Linien behaupten können. Wo sie von den deutschen Truppen angetroffen wurden, wurde der Gegner zurückgeworfen. Das war beiderseits der Somme der Fall, das hat sich in gleicher Weise an der Lys, im Westscheldebogen und kürzlich am Kemmelberg wiederholt. Auch die zahlreichen Verstärkungen, die Foch zur Unterstützung des schwer bedrängten Bundesgenossen nach Norden entsandte, haben nicht vermocht, die Lage zu ändern. Sie sind ebenfalls geschlagen und mit in die allgemeine Niederlage verwickelt worden. Die Engländer haben sich bereits genötigt gesehen, den größten Teil des Ypernbogens zu räumen und eine neue rückwärts gelegene Stellung einzunehmen, die hart östlich der Stadt Ypern verläuft.

General Haig sieht sich nun vor der schweren Frage, ob er den hartnäckigen Widerstand bei Ypern und nördlich des Kemmelberges fortsetzen oder sofort den Rückzug weiter nach Westen durchführen soll, wobei die Stadt Ypern selbst geräumt werden müßte. Der englische Führer wird nicht verkennen, daß seine auf engstem Raum in und um Ypern zusammengedrängten Massen sich in einer außerordentlich schwierigen Lage befinden, da sie keine Bewegungsfreiheit mehr besitzen und sowohl vom Kemmelberg wie von der Höhe 60 bei Rillebeke vollkommen eingesehrt und unter vernichtendem Feuer genommen werden können. Die deutschen Truppen umgeben ihn bogenförmig im Osten und Süden und haben sich bereits bis auf 2000 Meter, teilweise sogar noch näher, an die Stadtmauern herangekurbelt. Seine rückwärtigen Verbindungen sind bedroht, die Straße nach Boverin liegt im Wirkungsbereich des deutschen Feuer. Jede Bewegung auf ihr kann sofort erkannt und beschossen werden. Mit den gut eingeschossenen deutschen Batterien ist es auch möglich, die Straßen bei Nacht unter Feuer zu halten. Diese Erwägungen würden Haig wohl veranlassen können, die Stadt Ypern und die dortigen Stellungen möglichst bald zu räumen, um sich der Gefahr zu entziehen, abgebrannt zu werden. Die Entente-Pressen hat eine derartige Maßnahme auch bereits mehrfach besprochen und auf ihre Möglichkeit hingewiesen.

Aber die kampflose Aufgabe von Ypern würde das Ansehen Englands nicht nur im eigenen Lande, sondern in der ganzen Welt empfindlich schädigen und einen schweren Prestigeverlust darstellen, denn Ypern ist mit der Erinnerung an die jahrelangen Kämpfe und die in ihnen erzielten Geländegewinne untrennbar verbunden. Es ist gewissermaßen zum Symbol des englischen Widerstandes geworden, und seine Preisgabe wäre das Eingeständnis der schweren Niederlage und des völligen Zusammenbruchs der englischen Fronten. Die nächsten Tage müssen zeigen, ob die rein militärischen oder andere Rücksichten für die englische Führung maßgebend sein werden und wozu sie sich entschließen wird.

Auch der französische Generalissimo Foch hat einen schweren Entschluß zu fassen. Er muß sich entscheiden, ob er weiterhin die Engländer in der bisherigen Weise unterstützen und immer weitere Teile seiner Reserven nach dem Norden zur Behauptung des englischen Brückenkopfes einsetzen will. Eine derartig hartnäckige Verteidigung, die zum

allmählichen Verbrauch aller vorhandenen Kräfte führt, entspricht wohl dem englischen Interesse, für das die Behauptung des Brückenkopfes eine Lebensfrage ist, sie bindet aber den französischen Feldherrn an einen bestimmten Geländeabschnitt und raubt ihm jede Bewegungsfreiheit. Er opfert die französischen Truppen in bisher vergeblichen Kämpfen lediglich im Dienste Englands und gerät dadurch immer mehr in die englische Abhängigkeit. Er ist zwar Generalissimo der Gesamtfront, es ist dadurch auch die sogenannte Einheitsfront geschaffen, aber eigentlich wird immer nur noch der rein englische Krieg geführt und alles dreht sich um die Behauptung der englischen Front. Je mehr Truppen Foch nach Norden entsendet, desto mehr wird sein Schicksal und das des französischen Heeres unlösbar mit dem englischen verbunden und auf dem Boden des englischen Brückenkopfes festgenagelt.

Will Foch aber den Feldzug auf eine neue operative Grundlage stellen, will er die Operationsfreiheit zurückgewinnen, was nur durch einen großzügigen Entschluß möglich ist, dann muß er den englischen Bundesgenossen in seiner Brückenkopfstellung sich selbst überlassen. Ob er dazu fähig sein wird, ob die Politik ihm einen derartigen Entschluß gestattet, muß die Zukunft zeigen. Bedroht der deutsche Vormarsch in der Richtung auf Amiens im ersten Stadium des Krieges nur den Zusammenhang der englischen und französischen Front, so wird jetzt auch schon bedeutenden Teilen des französischen Heeres dadurch die Verbindung mit dem heimatischen Hinterlande abgeschnitten. Je mehr Truppen Foch nach Norden entsendet, desto mehr wächst diese Gefahr. Aus ihrer Erkenntnis sind die heftigen Angriffe zu erklären, die in den letzten Tagen südlich der Somme erfolgten. Sie dienten nicht nur zur Entlastung der Engländer, sondern in erster Linie der Sicherung der Verbindungen mit den eigenen nach Norden vorgeschobenen Truppen.

Die letzte Barrière.

W. T.-B. Bern, 3. Mai. (Drahtbericht.) Die Einnahme des Kemmelberges wird von der französischen Presse weiter besprochen. Die Blätter versuchen im allgemeinen, die Bedeutung des Ereignisses durch den Hinweis darauf abzuschwächen, daß es den deutschen Truppen nicht gelungen sei, bei dem gleichzeitigen Angriff auf die Linien vor Amiens größere Erfolge zu erzielen. „Petit Parisien“ ist gegen diese Papiertaktik. Man dürfe das unglückselige Abenteuer in seiner Tragweite nicht herabsehen. Die Höhen, die der Feind jetzt angreift und größtenteils schon zu Fall gebracht habe, seien die letzte Barrière, die die Straße nach Düinkerken versperrte. Das Rollen aller Höhen bis zum Catsberg würde die Stellung der englischen und belgischen Truppen an der Yser schwer gefährden. Der „Temps“ meint, man müsse auf neue Angriffe in diesem Abschnitt des Schlachtfeldes sich gefaßt machen. Der „Matin“ schreibt: Die Deutschen versuchen, den äußersten linken Flügel der englisch-französischen Armee mit aller Gewalt zu sprengen. Die Deutschen haben es damit ihrer mühen Verbündeten bisher immer fertiggebracht, sich kampflos die Überlegenheit zu sichern. Man muß hoffen, daß der Widerstand der Ententetruppen sich zunehmend verstärkt.

Die Amerikaner an der Westfront.

W. T.-B. Haag, 3. Mai. (Drahtbericht.) Der „Nieuwe Rotterdam Courant“ erzählt von einem nicht deutsch gefinnten Holländer, der bereits vor der Kriegserklärung in den Vereinigten Staaten von Amerika war, es sei ihm aus guter Quelle bekannt, daß augenblicklich etwa 250 000 bis 300 000 Amerikaner in Frankreich seien. Die meiste im Sommer und Herbst 1917 dorthin geschickt worden seien. Im Winter habe die Truppenbeförderung infolge von Schiffsraummanoeuvren so gut wie ganz stillgestanden. Vor 1919 werde kaum eine größere amerikanische Armee in Europa sein können.

Beträchtliche Zunahme der Kampftätigkeit an der italienischen Front.

W. T.-B. Wien, 3. Mai. (Drahtbericht.) Amtlich verlautet vom 3. Mai, mittags: Gestern wuchs die Kampftätigkeit an der ganzen italienischen Front zwischen Judikarien und der Adria wieder beträchtlich an.

Am 1. Mai errang Oberleutnant v. Fiala den 15. und 17. Luftsieg. Der Chef des Generalstabes.

Tschechische Truppenformationen nun auch auf italienischer Seite.

W. T.-B. Rom, 2. Mai. (Agenzia Stefani.) „Giornale d'Italia“ vermeldet, daß tschechische und slowakische Truppenformationen in Italien gebildet wurden und bereits im italienischen Kampfgebiet stehen.

Empfindliche Niederlage der Engländer am Jordan.

W. T.-B. Konstantinopel, 3. Mai. (Drahtbericht. Amtlicher Seeresbericht.) Palästinafront: Auf dem Ostufer des Jordan nehmen die Kämpfe weiter einen für uns günstigen Verlauf. Vor unseren jetzt verteidigten Stellungen verblutete sich der Engländer gestern in vergeblichen bis zum Abend anhaltenden Stürmen. Starke, im Osten des Jordanbeckens nach Norden vorgeschobene Kavalleriemassen sind von unseren rasch herbeigeeilten Kräften unter der tatkräftigen Führung des Obersten Giffard bei empfindlich geschlagen und zur Aufhebung gebracht worden. Eine Anzahl Gefangene, sieben Feldgeschütze, ein schweres, langes Geschütz, Pferde, Munitionswagen, ein Panzerkraftwagen und viel Kriegsmaterial sind bis jetzt eingebracht. Bei Amman brachte eine unserer Flugzeuge zwei feindliche Flugzeuge zum Absturz. Die Insassen, vier englische Offiziere, wurden gefangen genommen. Sonst nichts von Bedeutung.

Ein neuer türkischer Erfolg bei Batum.

W. T.-B. Konstantinopel, 3. Mai. (Drahtbericht. Agence Reut.) Wie aus Batum gemeldet wird, wurde eine aus 10 000 Bolschewiki bestehende Streitmacht auf dem Meer nach Elisabethpol durch den Widerstand zweier aus Badeschistan herangekommener Regimenter in der Gegend von Elisabethpol aufgehalten. Mehrere erhielten Verstärkungen und schlugen die Bolschewiki, denen sie 8000 Gefangene abnahmen. Sie machten den in Baku stehenden Bolschewiki den Vorschlag, sich zu ergeben.

Die Wahlrechtsdebatte.

(Fortsetzung des Drahtberichts in der gestrigen Abend-Ausgabe.) B. A. Berlin, 3. Mai.

Abg. Reinert (Soz.) fährt fort: Es ist ganz unerhört, daß Parteien, die gefaßt sind, den Ausschluß des Wahlrechts zur Folge haben sollen. Ebenso ungerechtfertigt ist der Ausschluß wegen Nichtbezahlung der Steuern. Wir haben für den Krieg gearbeitet und sind für die Verbesserung der Völker eingetreten. Sie (nach rechts) haben sich gefaßt gegen das deutsche Volk und gegen fremde Völker. Durch die Bestimmungen des § 2 wird das Volk geteilt in einer Weise, die kriegsverlängernd wirken muß. Ich richte meine Mahnung an das Volk:

Haltet euch, daß Preußen zum Mörder der deutschen Einheit wird.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gaffel (Vpt.): Der Abgeordnete Heins hat so maßlose Anschuldigungen gegen die Juden gerichtet, daß ich keine Betanlassung habe, näher darauf einzugehen. Die preußischen Juden haben keinen Grund, sich vor Heins und seinen Gefinnungsgegnern zu fürchten. Die Juden haben voll ihre Pflicht getan und solche Reden werden und nicht veranlassen, unsere Liebe zum Vaterland aus unserem Herzen zu reißen. (Beifall links.)

Abg. Stübbel (Unabh. Soz.): Auch wir weisen die Ausführungen des Abgeordneten Heins mit Entschiedenheit zurück. Ein großes Unrecht ist der Ausschluß von der Wahlberechtigung wegen rückständiger Steuern. Überhaupt sind die Bestimmungen des § 2 durchaus reaktionär und volksfeindlich und deshalb geeignet, das ganze Geschlecht unannehmbar zu machen. Wir stimmen dem Antrag Braun zu, nach welchem die von uns angefochtenen Bestimmungen gestrichen werden.

Abg. Boidt (natl.): Wir lehnen den Antrag Heins einstimmig ab und schlagen vor, Art. 3 des § 2 (Ausschluß von der Wahl wegen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte) zu streichen und die übrigen Bestimmungen des Paragraphen aufrecht zu erhalten.

Nach kurzen Ausführungen des Abg. Bonin-Stormann (freikons.) wird die Besprechung geschlossen.

Beröndlich bemerkt Abg. Heins: Die heftigen Angriffe der Abgeordneten Ranzow und Gaffel gegen mich waren unbegründet und erreichen das Gegenteil von dem, was sie bezwecken.

Abg. Rosenow (Vpt.): Die Angriffe des Abgeordneten Heins gegen mich lösen das Gefühl der Verachtung bei mir aus. (Vizepräsident Dr. Lehmann rügt diesen Ausdruck.)

Abg. Gaffel (Vpt.): Das Urteil des Abgeordneten Heins gegen mich hat für mich gar keine Bedeutung.

Zum § 2 wird der Antrag Deibitz auf Streichung der Art. 3 (Ausschluß von der Wahl wegen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte) angenommen. Im übrigen wird § 2 unter Ablehnung der anderen Anträge unverändert angenommen. Der Antrag Heins ist zurückgenommen.

Es folgt die

Beratung über § 3, der die Wahlpflicht vorsieht

Wer ohne hinreichenden Entschuldigungsgrund sein Stimmrecht nicht ausübt, soll nach dem Kommissionsbeschluss ein Viertel des Jahresbetrages seiner Staatseinkommensteuer, mindestens aber 5 M., als Ordnungsgeld bezahlen.

Abg. Dr. Bell (Zentr.) begründet den Antrag Porsch (Zentr.), wonach als Ordnungstrafe mindestens 5 M. und höchstens 200 M. verhängt werden sollen. Bei ausreichender nachträglicher Entschuldigung soll die Strafe ganz oder teilweise aufgehoben werden.

Abg. Haenisch (Soz.): Wir sind bereit, unter der Voraussetzung gewisser Zusicherungen der Wahlpflicht zuzustimmen. Robner begründet den Antrag Braun (Soz.), wonach in § 81 eingefügt werden soll: Die Wahl findet an einem Sonn- oder Feiertag statt. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, ihren Angestellten und Arbeitern die zur Ausübung ihrer Wahlpflicht erforderliche Zeit ohne Einbuße von Gehalt und Lohn zu gewähren.

Der Antrag Porsch wird dahin abgeändert: Wer ohne einen ausreichenden Entschuldigungsgrund sein Stimmrecht nicht ausübt, hat eine unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse festzusetzende Ordnungstrafe von mindestens 3 und höchstens 800 M. zu zahlen.

Abg. Krause (Freikons.) hält grundsätzlich an der Kommissionsfassung fest, wonach als Strafe für Nichtausübung des Wahlrechts in der Regel ein Viertel des Jahresbetrags der Staatseinkommensteuer bezahlt werden soll und beantragt, daß in besonderen Fällen die Strafe bis auf 3 M. ermäßigt werden kann.

Abg. Dr. Ludwig (natl.) beantragt, daß die Ordnungstrafe bis zur Höhe des Viertels des Jahresbetrags der Einkommensteuer bezahlt werden soll.

Minister des Innern Dr. Treub: Die Strafe muß so hoch sein, daß sie eine wesentliche Einbuße bedeutet für diejenigen, die ohne ausreichenden Grund der Wahl fernbleiben. Ich bitte, den Kommissionsbeschluss aufrecht zu erhalten.

Abg. v. d. Cien (Kons.): Wir lehnen den Antrag der Sozialdemokraten ab und stimmen dem Antrag Ludwig zu. Je stabiler das Wahlrecht, um so notwendiger ist die Wahlpflicht.

Abg. Ranzow (Vpt.) erklärt, daß seine Freunde der Wahlpflicht sympathisch gegenüberstehen.

Die Anträge Ludwig und Porsch auf Herabsetzung oder Erloß der Strafe werden angenommen und mit dieser Änderung der § 81. Die übrigen Anträge werden abgelehnt. Die §§ 4 und 5 werden ohne Erörterung angenommen.

Nach § 10 ist maßgebend jeder Preuze, der 30 Jahre alt ist und seit wenigstens drei Jahren die Staatsangehörigkeit besitzt. Der Antrag Braun (Soz.), die Wahlbarkeit auf 25 Jahre herabzusetzen, wird abgelehnt. § 10 wird unverändert angenommen.

Die §§ 11 bis 13 werden ohne Erörterung angenommen. Zu § 14 (geheime Wahl) begründet Abg. Dr. Lewin (Vpt.) einen Antrag Kronjohn (Vpt.), in welchem Bestimmungen über besondere Sicherheit für die geheime Wahl

Bestimmungen über besondere Sicherheit für die geheime Wahl gefordert werden.

Ein Regierungskommissar: Zur Sicherung des Wahlgeheimnisses werden ausführliche Vorschriften erlassen werden.

Nach kurzer Besprechung, an der sich die Abgg. Dr. Bell (Zentr.), Lübbke (Freikons.), Dirsch-Vorlin (Soz.) und Bölsch (natl.) beteiligen, werden gemäß dem Antrag Kronjohn dem § 14 die Worte vorangestellt: „Die Wahl ist geheim.“ Im übrigen wird der Antrag Kronjohn abgelehnt. In der Fassung der Kommission lautet der Eingang des § 14: „Die Wahl wird mit verdeckten Stimmzetteln vorgenommen.“

Die §§ 15 bis 23 werden im wesentlichen nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen. — § 24 enthält Bestimmungen über die Abgrenzung der Wahlbezirke.

Abg. Dr. Bell (Zentr.): Zu diesem Paragraphen liegen Anträge auf Einschiebung der Verhältniswahl in bestimmten Bezirken vor. Wir können diesen Anträgen nicht zustimmen, insbesondere wollen wir kein Ausnahmengesetz gegen die Polen.

Abg. Mengel (natl.) begründet einen Antrag Althoff (natl.), wonach die Verhältniswahl in den Ostmarken, Oberschlesien und in einigen Wahlbezirken von Düsseldorf und Trier eingeführt werden soll. Die Verhältniswahl soll ihre Wirksamkeit in den Teilen der Ostmark ausüben, in denen die Polen in der Mehrheit sind.

Darauf wird die Weiterberatung auf Samstag 10½ Uhr vertagt. — Schluß 5¼ Uhr.

(Schluß.)

Nachdruck verboten.

Die Kugel des Granitireurs.

Eine Kriegserinnerung aus dem Jahre 1870.
Von A. Gräfin Brodorski.

Weiß Gott, er war in dieser ersten Zeit nicht mit Vorbedacht hierhergekommen, aber schon beim ersten Blick hatte es ihm die Cousine angetan. Warum er sie liebte und wie das so blassen Stunden hatte kommen können, war ihm ein Rätsel, und doch fühlte er bestimmt, daß dies die große, einzige Liebe seines Lebens war, hoffnungslos vielleicht, wenn nicht irgend ein Wunder geschah, aber unaussprechlich. Yvonne würde niemals dem Feinde ihres Landes die Hand reichen, das war ihm nach ihrem Benehmen klar, und doch wollte und mußte er sie ertragen. Seine junge Liebe glaubte an ihre Kraft und irgend ein Wunder, wenn Vernunft und Verstand auch dagegen sprachen.

In den nächsten Tagen trug sich freilich nichts zu, was diesen Glauben hätte rechtfertigen können. Pauls Liebe wurde zwar, aber ihre Kraft, die widerstandsfähige Cousine zu zwingen, zeigte sich nicht, und auch sonst geschah kein Wunder. Es schien so, als ob Yvonne gegen den Vetter besonders schroff, fast feindselig sei. Außer den Mahlzeiten sah er sie nicht, und bei einem zufälligen Begegnen im Park hatte sie ihn kurz abgefertigt, sogar sehr heftige Worte über die barbarischen Preußen gesagt, von denen er wußte, daß sie sich auf ihn bezogen, trotzdem er Bodensee war.

Dabei näherte sich der Aufenthalt im Schloß Scepmont seinem Ende, jeden Tag konnte die Marischorder eintreffen. Paul war verzweifelt, besonders, da die momentane Unfähigkeit seine Gedanken gar nicht von dem Gegenstand seiner Liebe abjagte.

Hiemlich bedrückt und verdrießlich streifte er eines Morgens in der Umgegend umher, als lautes Silberrufen an sein Ohr schlug. Eila! folgt er der Richtung des Rufes und sah, aus dem kleinen Wäldchen tretend,

Nach der Ablehnung in zweiter Lesung.

Weitere Berliner Pressekommentare.

Berlin, 3. Mai. In der „Freihannischen Zeitung“ heißt es: Warten wir ohne große Zuversicht ab, was bei den weiteren Verhandlungen herauskommt. Die bisher vorgeschlagenen Sicherungen können vom Grundlag der freibürgerlichen und natürlichen Entwicklung nicht geklärt werden, weder die Festlegung des konfessionellen Charakters der Volksschule noch irgendwelche Experimente mit der Abgrenzung von Wahlkreisen können als Kompensationen im Betracht kommen.

Der „Vorwärts“ schreibt: Die Sozialdemokratie wird die Ergebnisse der Verhandlungen bis zur dritten Lesung abwarten, ehe sie endgültig zu ihnen Stellung nimmt, aber unser Vertrauen zu einer unerschütterlichen und günstigen Entwicklung der Dinge ist außerordentlich gering.

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: Das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht für Preußen kommt. Mit dieser Last müssen wir uns abfinden. Es gilt nunmehr an Sicherungen und Schutz für den Staat heranzutreten, was erreichbar ist. Regierung und Mehrheitsparteien können sich bei dieser Aufgabe nicht als Gegner gegenüberstellen, sondern müssen sich in gemeinsamer Arbeit zusammenfinden.

Der „Frankfurter Kurier“ schreibt: Das gleiche Wahlrecht in Preußen kommt, weil dieses freie, tapfere und opferbereite Volk nicht wieder enttäuscht werden darf, wie es dem preußischen Volk im 1815 leider ergangen ist. Was damals möglich war, ist heute auch unmöglich.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblattes“.)

§ Berlin, 3. Mai.

Am Bundesratssitz: Freiherr v. Stein, Dr. Raspar, v. Bräutigam.

Vizepräsident Dr. Dove eröffnet die Sitzung um 2.30 Uhr.

Abg. v. Gräfe (Kons.) fragt nach Vergeltungsmahregeln für die brutale Behandlung deutscher Gefangener in Rumänien, worauf Geheimrat Legationsrat Dr. Keller antwortet, daß die erforderlichen Schritte getan seien. Er weist die Schuldigen in unserer Hand seien, würden sie bestraft. Bei den Verhandlungen mit Rumänien werde überdies Sühne und Entschädigung für die Betroffenen gefordert. Die Schuldigen würden bestraft werden.

Abg. Dr. Pfeiffer (Vpt.) fordert Vergeltungsmahnahmen gegen die Engländer wegen der Verwendung von Dummgeschossen.

General v. Bräutigam: Eine Untersuchung der Geschosse hat ergeben, daß eine Papiereinlage besonders schädlich wirkt. Diese enthält zweifellos zahlreiche Krankheitskeime. Sie verursacht infolge dessen nach Verletzung des Mannes eine Wunde mit ausgedehnten Eiterungen und Wundbrandgefahren, welche besonders schwere und schädliche Leiden hervorrufen. (Hört, hört!) Die Erhebung über die Wirkung der neuen Geschosse ist soeben abgeschlossen. Es wird beabsichtigt, sobald bei der britischen Regierung Verwahrung gegen die Verwendung völlerrechtswidriger Geschosse einlegen zu lassen und Einstellung des Verbrauchs unter Androhung von Vergeltungsmahnahmen zu fordern.

Darauf wird die

Zweite Lesung des Haushalts für das Reichswirtschaftsamt

fortgesetzt.

Abg. Dr. v. Schulze-Greif (Vpt.): Die freie Wirtschaft führt zur Vergewaltigung des Schwachen durch den Starken, zur Ausbeutung der Frauen und Kinder bis zur psychischen Entartung der Masse und zum Niedergang des Bauern. Not tut eine weise Mischung von gebundener und freier Wirtschaft von Staatssozialismus und Konfurrenzwirtschaft. Wir haben ein Vorbild in der Reichsbank. Möge es dem Staatssekretär gelingen wie dem Reichsbankpräsidenten, volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegenüber den Sympunkten und Unternehmungen der Industrie zum Durchbruch zu verhelfen. Was dem Reichsbank-

das ihm so lange die Aussicht verdeckt hatte, eine Dame zu Pferde, die sich vergeblich gegen die Belästigungen einiger Kerle in zerlumpten, französischen Uniformen wehrte.

„Yvonne!“ rief er unwillkürlich.

Wie oft hatten die Tante und auch er das junge Mädchen vor diesen einsamen Spazierritten gewarnt! Verächtlich lächelnd hatte sie ihn auf seine Vorstellungen geantwortet, daß ihr Bedenken ebenso gut treffe wie ein preussischer und dieser ja nicht immer der Sieger zu sein brauchte. Nun war sie in Bedrängnis, aber nicht feindliche Soldaten, sondern die eigenen Landsleute waren die Angreifer und wollte sie ausrauben. So schnell ihn seine Kiste trugen, eilte Herr v. Rinkheim vorwärts, aber ehe er die Bedrängte erreichen konnte, waren ihm einige Leute seines Regiments, wohl auch durch die Stürme herbeigelaufen, zugekommen, und ein heftiger Kampf. Mann gegen Mann, entspann sich.

Mit gezogenem Revolver drang Paul vor. In dem Moment, als er abdrücken wollte, stürzte er jedoch, von der Kugel eines der feindlichen Soldaten getroffen, nieder.

Als er wieder zum Bewußtsein kam, lag er in seinem Zimmer im Scepmont und sah Yvonne an seinem Bettelassen. Sie sah geisterhaft bleich und müde aus, aber als er sich jetzt bewegte und sie leise seinen Namen rief, röteten sich ihre bleichen Wangen, und ein frohes Lächeln trat in ihr Gesicht. Sie faßte seine beiden auf dem Bett liegenden Hände und drückte sie heftig.

„Gott sei dank, Paul, du lebst!“ rief sie, wie von einem schweren Druck befreit. „Ich glaubte nicht eher daran, als bis ich deine Auaen offen sehen, deine Stimme hören würde. Ich traue nun nicht die schwere Schuld, daß du meiner Unvorsichtigkeit und meines Eindrucks halber ermordet bist. Es ist schon schlimm genug, daß du so dicht am Tode vorbeigingst. Wie soll ich gutmachen, was du um meinetwillen littest?“

präsidenten gelungen ist, muß auch ihm möglich sein. Er muß ordnen und eingreifen, vor allem die Verwaltung vereinfachen. Wie viele Wege sind zu gehen, um einen Zugangschein oder einen Ausfuhrschein zu bekommen? Der Auftrag ist meist dann schon zurückgenommen, bevor man noch den zuständigen Beamten gefunden hat.

Das freie Spiel der Kräfte muß gefördert werden.

Früher ist das Reichsland der Zukunft. Wir müssen deshalb Fortsetzung und Abmündung unserer Kolonialpolitik fordern. Die Kolonialpolitik muß im Friedensvertrag gewahrt werden. In sie muß die Weltbegünstigungsklausel aufgenommen werden. Das muß eine der wichtigsten Kriegsziele sein. Im Haag muß eine internationale Instanz geschaffen werden zur Überwachung der schließlichen Durchführung des Weltbegünstigungssystems. Langfristige Verträge sind erforderlich.

Abg. Dr. Nießer (natl.): Die Bundesratsverordnung für Übergangswirtschaft frage obzu sehr bürokratisch Charakter. Mit Verabschiedung des Kriegs muß das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 automatisch beendigen.

Wir müssen für die Übergangswirtschaft Bestimmungen treffen, damit die Produktionskräfte, die in unseren Heer und Angestellten schlummern, aufgerufen werden können, um sich an dem Aufbau unseres Wirtschaftslebens zu beteiligen.

Wir dürfen den Frieden nicht verlieren, auch wenn wir den Krieg gewonnen haben.

Abg. Dr. Witzgrube (Kons.): Dem Reichswirtschaftsamt sind Aufgaben zugewiesen worden, die zum Teil dem auswärtigen Amt überlassen werden sollten. Dazu gehört der wirtschaftliche Nachrichtendienst, durch den das Ausland aufgeklärt werden soll. Größerer Schutz unserer deutschen Eisenindustrie ist dringend nötig. Er ist aber nicht denkbar, ohne daß wir uns des Erzbeckens von Brien und Longwy bedienen. (Unruhe links. Vizepräsident Dr. Dove bittet den Redner, bei der Sache zu bleiben.) Das Mittel, das Sie bei der Hand haben, ist die Vergesellschaftung unserer gesamten Volkswirtschaft.

Sie stehen natürlich zu dem Propheten der neuen Zeit, Walter Rathenau. So wie der Geist Rathenau sich in den Büchern des Reichswirtschaftsamts breit zu machen sucht, muß er mit Pech und Schwefel ausgebrannt werden.

(Hu-Muse bei den Soz. Muse: Konstantin!) Wir müssen möglichst loskommen von der Übergangswirtschaft, namentlich von gewissen Kriegselementen, Kaufleuten, die zu schismatischen Bürokraten werden und zum Teil die empfindliche Pashawirtschaft treiben sollen. Die Mogen über die Papierverteilung wollen nicht verstummen. Wirtschaftliche und kulturelle Werke können nicht erscheinen, wohl aber Schundliteratur. (Sehr richtig! bei den Soz. Ruf: Allddeutsch!) Konstantin, Storm usw. können nicht wiedererscheinen.

In der Debatte beteiligten sich noch Staatssekretär Freiherr v. Stein und Abg. Carlens (Vpt.).

Weiterberatung Samstag 2 Uhr, vorher zweite und dritte Lesung des Gesetzes, betr. Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung. — Schluß 3¼ Uhr.

Noch weitere Ausdehnung des Lichnowsky-Salles?

Berlin, 3. Mai. (ab.) In der Angelegenheit des Fürsten Lichnowsky und des Hauptmanns v. Veerfelde werden, wie die „Deutsche Tagesztg.“ schreibt, verschiedene politische Persönlichkeiten vielleicht unangenehme Rückschlüsse zu ziehen bekommen. Wir schon mitgeteilt, ist der verhaftete Hauptmann v. Veerfelde durch Geheimrat Witting in den Besitz der Lichnowskyschen Denkschrift gelangt. Der Fürst behauptet nun, Herrn Witting eine Abschrift unter dem Siegel der Verschwiegenheit und dem Versprechen der strengsten Discretion nur für den ausschließlichen persönlichen Gebrauch gegeben zu haben. Es wird sich deshalb fragen: Hat Geheimrat Witting wissen können, daß Hauptmann v. Veerfelde ein gefährlicher

Paul lächelte nur und drückte ihre Hände leise wieder. Er war noch zu schwach zum Reden und konnte ihr auch jetzt noch nicht sagen:

„Liebe mich, Yvonne! Das ist nicht nur Sühne, sondern noch hoher Lohn für alles, was ich um dich litt.“

Nach diesen ersten, guten Tagen mit Bewußtsein kamen aber noch viel schlimme. Ein heftiges Fieber stellte sich ein, und der Vermundete schwebte lange zwischen Leben und Tod, bis schließlich das erste Siegel und eine stille, köstliche Pflege begann. Pauls Mutter, die aus Freiburg herbeigelaufen war, teilte sich mit der Pflege in des Patienten Pflichten. Nun waren sie alle in Scepmont vereint, aber anders, als damals die Marquise geglaubt hatte. Pauls Blut war geflossen, um die Cousine vor den Gefahren des Krieges zu schützen, die ihr von den eigenen Landsleuten drohten; und Yvonne war nicht mehr die Patriotin, die meinte, den Vetter als Feind hassen zu müssen, sondern ein warmherziges Mädchen, das seinem Vetter durch treue Pflege lohnte.

An dem Tage, als in Versailles das neue deutsche Bundesreich proklamiert wurde, proklamierte man im Schloß Scepmont ein anderes Bündnis.

Paul von Rinkheim, der zum erstenmal durch das Zimmer gehen konnte ohne fremde Hilfe, verlor sich mit seiner Cousine Yvonne vor Erren. „Es heißt ja schon in der Bibel“, sagte die Braut, lächelnd lächelnd, wie in ihren Hochzeiten, „liebet eure Feinde.“ Da mußte ich den Feind, der sein Blut für mich hinauf, doch auch lieben, sonst wäre ich eine schlechte Christin gewesen.“

Am Grunde seines Herzens ist Paul dem Bayern, der in zerlumpter Soldatenuniform damals den Angriff machte, und seiner Angel dankbar. Wie viel Augen hätten ihn sonst im Kriege treffen können ohne den köstlichen Lohn, den diese brachte. Sie war eben das Wunder, das seine Liebe brachte.

— Ende. —

